

Yu-Hsi Nieh

# Taiwan im Umbruch

(2. Teil):

## Außenpolitik 1988/1989

### Aufgabe der "Hallstein-Doktrin"

Das Beharren auf den Anspruch der Alleinvertretung für Gesamtchina unter der Herrschaft von Jiang Jieshi und Jiang Jinguo hat innenpolitisch eine Reform der Regierungsstruktur verhindert und außenpolitisch eine Isolation Taiwans bewirkt. Bis Ende der 60er Jahre wurde die Republik China in Taiwan noch von den meisten Staaten der westlichen Welt anerkannt. Mit der Ost-West-Entspannung in den 70er Jahren nahm eine Reihe nichtkommunistischer Staaten diplomatische Beziehungen zur VR China auf, und gleichzeitig wurden infolge der "Hallstein-Doktrin" beider chinesischer Seiten die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abgebrochen.

Im ersten Halbjahr 1988 befand sich Taiwan in einer neuen außenpolitischen Krise. Am 3. Februar erkannte Uruguay Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas an und stellte die diplomatischen Beziehungen zu Taipei ein. Außerdem sprach es sich herum, daß die ideologisch mit Taiwan eng verbündeten Staaten Südkorea, Saudi-Arabien sowie Vatikanstadt eine Anerkennung der VR China beabsichtigten.

Im April 1988, d.h. drei Monate nach Jiang Jinguos Tod, setzte sich Taiwan mit der Rückkehr in die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) auch außenpolitisch in Bewegung. Die ADB ist die einzige bedeutende internationale Organisation, in der die Regierung von Taipei einen Sitz hat. Vor drei Jahren, im März 1986, hatte die ADB, um die Aufnahme der VR China als neues

Mitglied zu ermöglichen, den offiziellen Namen der Republik China (Taiwan) in "Taipei, China" umgeändert. Da sich Taipei damit zu einer lokalen Regierung Chinas degradiert fühlte, beschloß es die sogenannten "Drei-Nein-Prinzipien", d.h. "Nein" zur Akzeptierung des neuen Namens, "Nein" zum Austritt aus der ADB, aber auch "Nein" zur Beteiligung an weiteren Sitzungen der ADB unter dem neuen Namen.

So war es eine Sensation, als Taiwan nach zweijährigem Fernbleiben wieder eine Delegation zur Teilnahme an der 21. Jahrestagung der ADB vom 28. bis 30. April 1988 nach Manila sandte. Die Delegation stellte lediglich neben das Delegationsschild "Taipei, China" auf dem Konferenztisch ein anderes Schild mit der Aufschrift "Under protest" (Unter Protest). Die Bezeichnung "Taipei, China" auf ihren Teilnehmer-Identitätskarten wurde mit einem weißen Zettel zugeklebt. Immerhin nahmen zum erstenmal zwei chinesische Regierungsdelegationen an einer internationalen Konferenz teil.

Zur gleichen Zeit fing Taiwan an, die Wirtschaftsbeziehungen zum Ostblock zu liberalisieren. Seit März 1988 dürfen taiwanische Firmen direkt mit osteuropäischen Staaten - mit Ausnahme der Sowjetunion und Albanien - Handel treiben. Mitte Juli 1988 besuchte eine Delegation taiwanischer Unternehmer zum erstenmal seit Beendigung des Vietnamkrieges das kommunistische Vietnam. Noch sensationeller war der Besuch einer 60-köpfigen Handelsdelegation im September 1988 in der Sowjetunion. Die GMD-Regierung hatte seit dem Ab-

bruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau im Oktober 1949 40 Jahre lang keinen Kontakt mit der Sowjetunion.

Diese Delegation, die von der Ex- und Importkammer der Provinz Taiwan organisiert worden war und über Thailand in die Sowjetunion einreiste, repräsentierte laut offizieller Version nur die Privatwirtschaft. Aber die Regierung hatte die Reise genehmigt, auch einige Regierungsbeamte nahmen an der Delegation teil. Daraufhin warf der Generalsekretär des Präsidialamts, Shen Changhuan, wie im 1. Teil dieses Artikels bereits erwähnt, auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Zentralen Exekutivkomitees der Regierungspartei am 12. Oktober 1988 dem Kabinett eine Abweichung von dem durch Jiang Jieshi bestimmten antikommunistischen Kurs vor und verlangte eine unverzügliche Recherche.

Die Regierung versuchte, die "Sowjetunion-Euphorie" unter der Bevölkerung zu dämpfen, aber Shens emotionelle Rede auf dem höchsten Parteigremium stieß auf starken Unmut in der breiten Öffentlichkeit. Am 17. Oktober 1988 wurde zur großen Überraschung der Rücktritt Shens von seinem Amt bekanntgegeben. Shen, der 1960-1966 und 1972-1979 zweimal Außenminister war und danach auch von seinem Posten des Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitskonzils (1979-1984) und des Generalsekretärs des Präsidialamts (1984-1988) aus die Außenpolitik weiter prägte, galt politisch als ein "immergrüner Baum" und Befürworter eines kompromißlosen antikommunistischen Kurses. Sein Rücktritt, den der neue Präsident Li Denghui ohne Bedauern und Verzögerung annahm, kennzeichnete eine neue Weichenstellung in der Außenpolitik.

Einen Monat nach Shens Rücktritt, im letzten November, hat das Außenministerium unter der Anweisung von Präsident Li Denghui als Ausweg aus der außenpolitischen Isolation einen neuen Kurs mit dem Leitgedanken "flexibler Diplomatie" ausgearbeitet. Laut Bericht der Taipeier *Lianhe Bao* (LHB) vom 13. November 1988 hat die Regierung den Anspruch auf Alleinvertretung für Gesamtchina aufgegeben, obwohl sie weiterhin an der "Ein-China-Politik" festhält. Unter dem neuen

Prinzip, so heißt es, ist Taiwan bereit, auch zu denjenigen Staaten diplomatische oder offizielle Handelsbeziehungen aufzunehmen, die diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhalten. Umgekehrt soll Taiwan seine diplomatischen Beziehungen zu einem Land nicht abbrechen, wenn dieses Beijing anerkennt.

Der neue Beschluß erfolgte unmittelbar nach Bekanntgabe einer Vereinbarung zwischen Saudi-Arabien und Beijing über beiderseitige Errichtung von Handelsbüros. Nach der oben genannten LHB-Meldung wollten vor einigen Jahren zwei kleine lateinamerikanische Staaten, Surinam und Grenada, diplomatische Beziehungen zu Taipei aufnehmen. Dies sei schließlich daran gescheitert, weil Shen Changhuan darauf beharrt habe, daß die zwei Staaten zuerst ihre diplomatischen Beziehungen mit Beijing abbrechen müßten.

In der Tat zeigt sich die Außenpolitik Taiwans seit dem letzten Winter sehr dynamisch. Am 22. November 1988 kündigten der karibische Staat Bahamas und Taiwan an, miteinander diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Anlässlich der offiziellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 9. Januar 1989 stattete Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuohwa) den Bahamas einen dreitägigen Staatsbesuch ab. Anschließend besuchte er noch zwei andere lateinamerikanische Staaten, die Dominikanische Republik und Guatemala.

Vom 6. bis 9. März d.J. unternahm Li Denghui die erste Auslandsreise seit seinem Amtsantritt als Staatspräsident - es war auch die zweite offizielle Auslandsreise überhaupt eines Präsidenten der Republik China mit Regierungssitz in Taiwan seit 1949. Vom 12. bis 16. April war der Präsident von Honduras, José Simon Azcona Hoyo, zu Gast in Taiwan. Dies war auch der erste offizielle Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes in Taiwan seit 1985.

#### Die Grenze der neuen "flexiblen Diplomatie"

Der Besuch Li Denghuis in Singapur wurde von Taiwan als ein Prüfstein seiner "flexiblen Diplomatie" bewertet. Der Stadtstaat Singapur, dessen Einwohner überwiegend ethnische Chinesen sind, unterhält gute Verbindungen

sowohl zu Taiwan als auch zu Beijing, obwohl bislang zu keiner der beiden Seiten formelle diplomatische Beziehungen bestehen. Ministerpräsident Lee Kuan Yew (Li Guangyao) hat in der Vergangenheit häufig Taipei und Beijing besucht und gilt als besonders guter Freund von Li Denghuis Vorgänger Jiang Jinguo. Vom 19. bis 23. Februar d.J. hielt er sich zum zwanzigstenmal in Taiwan auf. Außerdem wird seit 1975 ein großer Teil der Streitkräfte Singapurs in Taiwan ausgebildet.

Andererseits hat Singapurs Regierung in den 70er Jahren bereits erklärt, daß sie nach Indonesien diplomatische Beziehungen zu Beijing aufnehmen werde. Kurz vor Li Denghuis Reiseantritt hatten die singapurischen Medien die Nachricht verbreitet, daß die singapurische Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing vorbereite, nachdem der Präsident von Indonesien, Suharto, und der Außenminister der VR China, Qian Qishen, am 23. Februar in Tokyo vereinbart hätten, über die Wiederaufnahme der 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen beider Staaten zu verhandeln. Am 8. März, als Li Denghuis Besuch in Singapur noch nicht beendet war, bekräftigte Lee Kuan Yew vor taiwanesischen Pressekorrespondenten Singapurs Standpunkt des "einen China" und Taiwan als einen Teil Chinas. Ferner bestätigte er, daß seine Regierung nach Jakarta diplomatische Beziehungen zu Beijing aufnehmen werde. Er sei von der indonesischen Seite darüber informiert, daß eine Übereinkunft zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Jakarta und Beijing innerhalb eines Jahres getroffen werden solle.

Offensichtlich um die politische Bedeutung des Besuchs von Li Denghui nach außen hin zu dämpfen und keinen Eindruck einer Zwei-China-Politik Singapurs zu erwecken, hielt sich der Gastgeber, Präsident Wee Kim Wee (Huang Jinhui), während des Staatsbesuches aus Taiwan zur "chemotherapeutischen Behandlung gegen Darmkrebs" in einer Klinik auf. Für den Empfang des hohen Gastes wurde statt eines gesetzmäßigen Stellvertreters extra ein pensionierter Politiker, Lim Kim San (Lin Jinshan), als "vorübergehend amtierender Präsident" eingesetzt. Es wurde zur Begrüßung des Staatsgastes auch nicht die Nationalflagge der Republik China gehißt und

auch nicht die Nationalhymne gespielt. In den Medien bezeichnete man Li Denghui - offenbar auf Regierungsanweisung - einheitlich als "Präsident aus Taiwan".

Abgesehen von den protokollarischen Formalitäten wurde Li Denghui in Singapur aber sehr warm empfangen. Nach seiner Rückkehr in Taiwan sagte er am 9. März auf einer Pressekonferenz, er sei zwar damit nicht zufrieden, daß man ihn als "Präsident aus Taiwan" bezeichnet habe, aber er könne es auch akzeptieren. Seine Regierung lege gegenwärtig mehr Wert auf die substantiellen Beziehungen zu einem Land als auf Benennungen. Ferner betonte er, daß er in Zukunft die Einladung jeden Landes annehmen werde, auch wenn es diplomatische Beziehungen zu den chinesischen Kommunisten unterhalte.

Einen Monat nach dem Singapur-Besuch Li Denghuis faßte Taipei am 6. April den noch schwereren und brisanteren Beschluß, zur Teilnahme an der 22. Jahrestagung der ADB vom 4. bis 6. Mai d.J. eine Delegation unter der Leitung der Finanzministerin Guo Wanrong (Shirley W.Y. Kuo) nach Beijing (die Stadt wird von Taiwan immer noch als "Beiping" bezeichnet, weil "Jing" Hauptstadt bedeutet) zu schicken. Ein derartiger Schritt wird ohne Zweifel nicht nur Taiwans Außenpolitik, sondern auch die chinesisch-chinesischen Beziehungen unmittelbar beeinflussen. Am 8. April definierte Außenminister Lian Zhan (Lien Chan) vor dem Gesetzgebungsorgan (Parlament) die flexible Außenpolitik mit dem Leitgedanken von "einem Staat, zwei gleichberechtigte Regierungen", ein Gegensatz zu Beijings Taiwanpolitik von "einem Staat, zwei verschiedene Gesellschaftssysteme". Mit dieser neuen Politik wolle die Taipeier Regierung wieder in alle internationalen Organisationen, und vor allem in die UNO, zurückkehren.

Kurz nach dem Auftauchen des Begriffs "flexible Diplomatie" Taiwans warf der Sprecher des Außenministeriums von Beijing am 19. Dezember 1988 in einer scharfen Erklärung Taipei vor, eine Politik der "Zwei-Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" zu betreiben. Gleichzeitig warnte er alle Staaten, die mit der VR China diplomatische Beziehungen unterhalten, amtliche Beziehungen oder faktisch amt-

liche Kontakte mit Taiwan aufzunehmen. Zudem betonte die chinesische Regierung in Beijing in einem Schreiben an die UNO und ihre Mitgliedstaaten, daß die VR China auch in allen internationalen Organisationen eine Modalität von "Zwei-Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" nach wie vor nicht dulden werde. Die Lösung bei der ADB wurde dort als eine Ausnahme bezeichnet. In den letzten Monaten haben führende chinesische Politiker wie Außenminister Qian Qichen, Vizeministerpräsident Wu Xueqian und Ministerpräsident Li Peng bei verschiedenen Gelegenheiten den gleichen Standpunkt wiederholt. Das bedeutet, daß Beijing von seinem Anspruch auf eine Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans weiterhin nicht abweichen will.

Zur Zeit hat Taiwan zu insgesamt 23 Ländern diplomatische Beziehungen: eine in Europa (Vatikan), eine in Ostasien (Südkorea), eine in Nahost (Saudi-Arabien), drei in Afrika (Südafrika, Swaziland, Malawi), dreizehn in Lateinamerika (die Bahamas, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen) und vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomon-Inseln, Tonga, Tuvalu). Nach Angaben des Sprechers des Taipeier Außenministeriums im letzten November steht auch eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen Taiwans zu einem anderen südpazifischen Staat, den Marshall-Inseln, in Aussicht.

Daß Taipei im außenpolitischen Wettbewerb mit Beijing viele kleine Staaten an sich ziehen konnte, ist bislang aber eher ein Erfolg der "Gelddiplomatie" als der "flexiblen Diplomatie". Taiwan gewährte diesen Ländern als Gegenleistung für die politische "Liebe" großzügige Finanz- und Wirtschaftshilfe oder Investitionen. Die Taipeier Regierung hat im letzten November einen 1-Mrd.-US\$-Fonds für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Übersee (Overseas Economic Cooperation Development Fund) für die "freundschaftlichen" Entwicklungsländer errichtet. Dies bezieht sich nach offizieller Definition auf diejenigen Staaten, die diplomatische oder substantielle Beziehungen mit Taiwan unterhalten. Außerdem können auch sol-

che Länder in Betracht gezogen werden, die bereit sind, Beziehungen zu Taiwan aufzunehmen.

Besonders in einigen südostasiatischen Ländern wie den Philippinen, Malaysia und Thailand ist Taiwan inzwischen durch das Engagement der privaten Unternehmen zu einem der wichtigsten ausländischen Investoren geworden. Ein Versuch der Philippinen, wo Taiwan im letzten Jahr größter Investor noch vor Japan und den USA war, die Wirtschaftsbeziehungen zum Nachbarland durch Ausarbeitung eines neuen Präferenz-Gesetzes sowie Anhebung des Status der gegenseitigen Handelsvertretungen auf offizieller Ebene auszubauen, stieß auf scharfe Proteste aus Beijing.

Im Hinblick auf Marktdifferenzierung, d.h. Abbau der Handelsabhängigkeit von den USA und Japan, hat Taiwan in den letzten Jahren auch die Wirtschaftsbeziehungen zu Westeuropa verstärkt. Anfang März 1989 errichtete die halbamtliche Organisation Taiwans für Außenhandelsentwicklung CETRA (China External Trade Development Council) in Düsseldorf und Hamburg je ein Taiwan Trade Center. Ein weiteres CETRA-Handelszentrum wird Anfang Juli d.J. in Rotterdam seinen Betrieb aufnehmen. Andererseits zeigen auch die EG-Staaten zunehmendes Interesse an Taiwan in Folge dessen Marktöffnung. Frankreich hat seine halbamtliche Vertretung in Taiwan, die "Taipei French Association for Cultural and Scientific Center", in März d.J. umbenannt in "Institute Français à Taipei" (French Institute in Taipei) - ähnlich der Bezeichnung der US-Vertretung "American Institute in Taiwan". Das Gleiche plant Großbritannien für den kommenden Juni. Bei all diesen Fällen handelt es sich allerdings nicht um einen Durchbruch, sondern nur um eine Verbesserung der sogenannten "substantiellen" Beziehungen.

Im Januar 1989 wurde Taiwan mit den drei anderen ostasiatischen Schwellenländern Südkorea, Hongkong und Singapur vom OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) in Paris zum Dialog über Zusammenarbeit eingeladen. Im Hinblick auf Beijing kann der OECD allerdings den Wunsch Taiwans kaum erfüllen, die Insel als Mitglied aufzunehmen.

Darüber hinaus strebt Taiwan zur Zeit nach einer Rückkehr in die internationale Handelsorganisation GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Hierbei wird ebenfalls mit Schwierigkeiten gerechnet, weil die Mitgliedstaaten des GATT wie die der OECD meistens diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhalten. Solange also Beijing an seiner "Hallstein-Doktrin" festhält, wird Taiwans "flexible Diplomatie" überall einer Schallmauer begegnen.